

Positionspapier der ARGE FNB Ost für die 21. Legislaturperiode

Wir, die ARGE FNB OST, sind eine Interessengemeinschaft von großen, systemrelevanten Verteilnetzbetreibern mit Verantwortung für die Hochspannung im Osten Deutschlands und in Hamburg. Mit diesem Positionspapier zeigen wir Lösungsstrategien für die Herausforderungen der Energiewende auf.

Wir unterstützen den gesamtgesellschaftlichen Weg der Energiewende. In unseren Netzgebieten ist die Energiewende Realität. Hier wird bereits heute mehr Strom auf Basis Erneuerbarer Energien (EE) produziert, als vor Ort verbraucht wird bzw. in der Zukunft verbraucht werden kann. Zudem verzeichnen wir einen dynamischen Zubau weiterer EE-Erzeuger in unseren Netzen. Aber auch der Leistungsbezug neuer, großer Verbraucher wie Rechenzentren und Großwärmepumpen nimmt in einzelnen Regionen stark zu. Wir sehen uns mit allen Herausforderungen der Energiewende konfrontiert und stellen uns darauf ein.

Für das Gelingen der Energiewende ist eine konsistentere und damit effizientere Herangehensweise an EE- und Netzausbau dringend erforderlich. Das energiepolitische Zieldreieck ist durch die hohen Kosten der Energiewende aus der Balance geraten. Die zunehmende Asynchronität zwischen EE- und Netzausbau führt zu einer Gefährdung der Versorgungs- und Systemsicherheit. Auch stellen wir fest, dass die politischen Ziele und die Entwicklungen in der Praxis, die sich in unseren Netzen abbildet, immer mehr auseinanderdriften.

Der Ausbau der Verteilnetze muss immer schon Entwicklungen des Bedarfes an Ein- oder Ausspeisung so weit wie möglich antizipieren. Die Investitionsstrategie der Netzbetreiber muss dennoch bedarfsgerecht und effizient erfolgen. Für uns bedeutet das, Szenarien immer wieder mit der Realität abzugleichen und dabei nicht 100 % der Spitzenerzeugung in der Netzplanung abzudecken. Ähnliches gilt für die prognostizierten Bedarfe auf der Lastseite. Dies ist ein Gebot der volkswirtschaftlichen Effizienz.

Der rasante Wandel in Erzeugung und Verbrauch stellt zugleich besondere Ansprüche an die Betriebsführung der Verteilnetzbetreiber. Sie muss die Netzstabilität zu jedem Zeitpunkt gewährleisten und perspektivisch zahlreiche neue Aufgaben und Projekte bewältigen. Unter anderem helfen hier auch Fortschritte beim Smart Meter Rollout. Hinzu kommt ein massiver Zuwachs an Anschlussanfragen, für deren zeitgerechte Beantwortung wir Prozesse anpassen und die Digitalisierung weiter vorantreiben.

Die kommende Legislaturperiode sollte genutzt werden, um zügig energiepolitische Weichen zu stellen:

NETZAUSBAU PRIORISIEREN

- Die Strom-Verteilnetze sind die Schlüsselinfrastruktur der Energiewende. Sie müssen so zeitgerecht wie möglich ausgebaut werden, um die dynamisch wachsenden Bedarfe in allen Sektoren abdecken zu können. Die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den Verteilnetzausbau sollten daher in der politischen Priorisierung an erster Stelle stehen.

SYSTEMSTABILITÄT GEWÄHRLEISTEN

- Maßnahmen wie die Photovoltaik-Spitzenkappung und die Wirkleistungsbegrenzung sind sinnvoll, um die Systemstabilität zu gewährleisten. Erst mittel- bis langfristig kann die netzorientierte Steuerung von Anlagen diese Aufgabe übernehmen - allerdings zu hohen Systemkosten. Aus Gründen der Effizienz und der Akzeptanz bei den Netzkunden sollte das Instrument zudem nicht beliebig auf kleine Anlagen ausgeweitet werden. Beim zukünftigen EE-Ausbau sollte eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung Vorrang vor Steuerungsinstrumenten im späteren Betrieb haben.

GESAMTSYSTEMISCHEN ANSATZ VERFOLGEN

- Das Gelingen der Energiewende erfordert noch stärker den Fokus auf die ins Netz integrierbare EE-Erzeugung (elektrische Arbeit) anstatt auf EE-Ausbauziele (installierte Leistung). Denn nur so können die steigenden Systemkosten, welche mitunter durch den verstärkten Redispatch-Bedarf verursacht werden, eingedämmt werden.
- Hierzu sollten EE-Erzeuger bis auf weiteres vorrangig dort gebaut werden, wo ihr Strom ins Netz integriert werden kann bzw. wo sie netzdienlich sind. Alternativ müssten neue EE-Anlagen mit Anschluss an bekannten Netzengpässen unter Redispatch-Vorbehalt gestellt werden.
- Elektronen und Moleküle sollten in einer integrierten Systemplanung bis in die Verteilnetze hinein gleichwertig berücksichtigt werden, denn eine rein strombasierte Versorgung („all electric“) ist weder technisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll.
- Bei weiterhin steigenden Anschlussfragen von Großbatteriespeichern und perspektivisch auch Elektrolyseuren im Rahmen des Wasserstoff-Hochlaufs braucht es eine netzdienliche Allokation von Flexibilität, die netzstützend wirkt und keinen zusätzlichen Netzausbaubedarf nach sich zieht.

ERNEUERBARE IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN

- Die EEG-Förderung hat entscheidend dazu beigetragen, den Hochlauf der Erneuerbaren zu ermöglichen. Es ist nun der Punkt erreicht, an dem Marktmechanismen stärker wirken müssen, um für ein besseres Zusammenspiel von Erzeugung und Netzkapazität zu sorgen. Hierzu zählen beispielsweise eine Abkehr von der pauschalen Förderung, stärkere Pflichten zur Direktvermarktung sowie Möglichkeiten der Abregelung bei negativen Preisen.

BEI PLANUNG UND GENEHMIGUNG VON HOCHSPANNUNGSLEITUNGEN MEHR PRAGMATISMUS WAGEN

- Der überwiegende Teil des erforderlichen Netzausbaus in der Hochspannungsebene findet als umweltschonender Ersatzneubau in bereits bestehenden Stromtrassen statt. Der im EU-Recht verankerte arten- und umweltschutzrechtliche Prüfaufwand für Ersatzneubau sollte daher zwingend gegenüber dem für neue Trassen vereinfacht werden. Auch darüber hinaus sollte das EU-Recht und seine Umsetzung in nationales Recht mit Blick auf Hochspannungsnetze verschlankt werden.

KOSTEN VERURSACHERGERECHT UND BREITER VERTEILEN

- Wer die Energiewende will, darf die Augen vor steigenden Kosten nicht verschließen. Wir haben einige Punkte genannt, mit denen die Umsetzung effizienter werden kann. Wichtig ist aber auch, die Kosten breiter und gerechter zu verteilen. Ein Weg wäre es, die veränderten Stromflüsse in der Netzentgeltsystematik abzubilden. Ein weiterer läge darin, die Privilegierung einzelner Anschlussnehmergruppen kritisch zu prüfen, deren faktische Kosten heute von anderen Gruppen getragen werden.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ENERGIEWENDE-INVESTITIONEN SCHAFFEN

- Angesichts der massiven Investitionssummen, die die deutsche Energiewirtschaft im Rahmen der Energiewende aufbringen werden – allein bis 2030 belaufen sich diese auf 721 Milliarden Euro (Fortschrittsmonitor BDEW & EY) – müssen Politik und Regulierung konsistente politische und finanzielle Rahmenbedingungen für eine Mobilisierung privaten Kapitals und das Anreizen von Investitionen schaffen.

Als Verteilnetzbetreiber im Osten Deutschlands haben wir bereits erhebliche Beiträge zur Energiewende geleistet und werden dies auch weiterhin tun. Wir sind uns der Herausforderungen der nächsten Jahre bewusst und wünschen uns von der Politik Unterstützung aber auch Vertrauen anstelle von gesetzlichem Mikromanagement.